



Kein Trust nach Schweizer Recht, Besteuerung des Eigenmietwerts, Schutz des Bankkundengeheimnisses: Manchmal ist der Status Quo nicht die schlechteste Lösung.

Empfehlungen der VSPB

[23.065](#) Einführung des Trusts in die schweizerische Rechtsordnung. Abschreibung der Motion 18.3383: **Annahme**

[17.400](#) Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung: **Änderung**, um die Abzugsfähigkeit der Kosten zu behalten

[22.4272](#) Pressefreiheit in Finanzplatzfragen gewährleisten: **Ablehnung**

Der Ständerat wird in dieser Session mehrere Geschäfte behandeln, mit deren Abschreibung die Vereinigung Schweizerischer Privatbanken in ihrem letzten Jahresbericht gerechnet hatte. Zur Erinnerung an die neu gewählten Parlamentarier: Manchmal ist es besser, den Status quo beizubehalten.

Keine Trusts, aber Stiftungen!

Der Bundesrat wurde mit der Motion [18.3383](#) beauftragt, die rechtlichen Grundlagen für einen Schweizer Trust zu schaffen. Eine erfahrene Expertengruppe hat entsprechende Vorschläge erarbeitet. Das Ziel war ein Instrument nach Schweizer Recht, das die Vermeidung eines sofortigen Erbgangs ermöglicht, um die Verwaltung und die Übertragung des Vermögens – unter Berücksichtigung der im Ehe- und Erbrecht geltenden Verfügungsbeschränkungen – über mehrere Generationen hinweg zu planen.

In der Vernehmlassung im Jahr 2022 unterstützte die VSPB diese Vorlage, um das Angebot an Finanzdienstleistungen zu vervollständigen, ohne auf ausländisches Recht zurückgreifen zu müssen. Die Möglichkeit der Streitbeilegung durch ein Schiedsgericht sollte zudem ein diskretes und kompetentes Verfahren ermöglichen. Leider wurde die Vorlage mit einer Änderung der aktuellen Trustbesteuerung in der Schweiz ergänzt, wodurch sie an Attraktivität verliert und sogar die Trustindustrie gefährdet.

Da dieser Standpunkt weitgehend geteilt wird, schlägt der Bundesrat vor, die Motion 18.3383 abzuschreiben, was auch von einer breiten Mehrheit der RK-SR unterstützt wird. Die Privatbanken haben das Scheitern dieser Vorlage zur Kenntnis genommen und sich damit abgefunden: Sie bieten ihren Kunden, die ein Instrument zur langfristigen Vermögensplanung suchen, weiterhin Trusts oder Stiftungen nach ausländischem Recht an.

Interessant ist jedoch, dass die RK-S auch eine Liberalisierung der Schweizer Familienstiftungen befürwortet und die Annahme der Motion [22.4445](#) «Die Schweizer Familienstiftung stärken. Verbot der Unterhaltsstiftung aufheben» vorschlägt. Diese ist nach Art. 335 Abs. 2 ZGB verboten, während Abs. 1 nur die «Bestreitung der Kosten der Erziehung, Ausstattung oder Unterstützung von Familienangehörigen» erlaubt.

Die VSPB unterstützt dies, stellt den Nutzen angesichts der strafenden steuerlichen Behandlung der Stiftungen in vielen Kantonen jedoch in Frage: Schenkungs- oder Erbschaftssteuer auf Zuwendungen an Stiftungen und Umwandlung des Vermögens in Einkommen bei der Verteilung an die Begünstigten. Es wurde im Übrigen darauf hingewiesen, «dass mit der Liberalisierung des Stiftungsrechts gleichzeitig auch die steuerlichen Rahmenbedingungen anzupassen wären, um eine steuerliche Doppelbelastung zu verhindern und die Unterhaltsstiftung attraktiv zu gestalten»¹.



Abschaffung des Eigenmietwerts

Damit es klar ist: Die VSPB befürwortet grundsätzlich die Abschaffung des Eigenmietwerts, aber nicht unter den Bedingungen, die sich im Geschäft [17.400](#) abzeichnen. Darüber hinaus sind die Privatbanken nicht direkt betroffen, da sie praktisch keine Hypotheken vergeben. Folgende Analyse ist somit eine Gesamtbewertung.

Zur Erinnerung: Der Eigenmietwert ist ein fiktives Einkommen, das in der Schweiz von Immobilienbesitzern bei selbst genutztem Wohneigentum versteuert werden muss. Im Gegenzug können sie die Unterhaltskosten (im weiten Sinne) und allfällige Hypothekarzinsen abziehen. Dieses System wird von einigen als ungerecht empfunden, doch entsprechende Reformen wurden in Volksabstimmungen mehrfach abgelehnt.

Im Juni 2023 sprach sich der Nationalrat für die Abschaffung des Eigenmietwerts aus, auch für Zweitwohnungen. Die Unterhaltskosten wären hingegen nicht mehr abzugsfähig, und die Schuldzinsen nur noch bis zu 40% des steuerbaren Vermögensertrags. Im Gegensatz dazu möchte der Ständerat den Eigenmietwert nur für Hauptwohnsitze abschaffen und den Abzug von Schuldzinsen bis zu 70% des steuerbaren Vermögensertrags zulassen.

Nebenbei sei angemerkt, dass der Prozentsatz von 40% oder 70% nicht wirklich relevant ist. Massgeblich ist die Zusammensetzung des «steuerbaren Vermögensertrags», der nicht mehr den (abgeschafften) Eigenmietwert und vor allem nicht mehr den aktuellen Zuschlag von 50'000 Franken enthalten wird. Wenn die Vermögenserträge der Eigentümer nur noch aus einigen Zinsen und Dividenden bestehen, werden sowohl 40% als

auch 70% davon nicht mehr ausreichen, um Zehntausende von Franken an Hypothekarzinsen abzuziehen.

Der Grund, warum diese Reform zumindest in einer Volksabstimmung zum Scheitern verurteilt zu sein scheint, ist jedoch die Abschaffung der Unterhaltskosten, die im Parlament von niemandem bestritten wird. Diese Abzugsmöglichkeit wäre jedoch wichtig, um die Immobilien in gutem Zustand zu halten und vor allem die Energiewende und nicht die Schwarzarbeit zu fördern.

Im Weiteren macht das Argument, dass das System geändert werden muss, da die Gesamtsumme der Hypotheken in der Schweiz (rund 1,2 Milliarden) mehr als 150% des BIP beträgt, nicht wirklich Sinn. Laut der [Vermögenssteuerstatistik 2020](#) der ESTV, in der die Gelder der beruflichen Vorsorge nicht enthalten sind, machen Hypotheken nicht mehr als ein Viertel des Vermögens der natürlichen Personen in der Schweiz aus, was die Risiken des aktuellen Systems relativiert. Dazu kommt, dass die Banken bei ihren Immobilienschätzungen sehr vorsichtig bleiben und verlangen, dass die Kreditnehmer in der Lage sind, Zinsen von 5% zu zahlen, auch wenn der effektive Satz viel niedriger ist.

Pressefreiheit bleibt gewährleistet

Im Februar 2023 nahm der Nationalrat die Motion [22.4272](#) an, welche die erneute Prüfung der am 1. Juli 2015 in Kraft getretenen Verschärfung von Artikel 47 des Bankengesetzes (BankG) verlangt. Gemäss dieser Motion wäre es ein Skandal, wenn die Presse vertrauliche Informationen, die sie ohne Zustimmung der Eigentümer (der Bankkunden) durch Datenlecks erhält, nicht offenlegen könnte.

Man kann sich über die Formulierung der Ergänzungen zu Artikel 47 BankG streiten. Aus den parlamentarischen Arbeiten geht jedenfalls hervor, dass die Idee lediglich darin bestand, diesen Straftatbestand ähnlich wie in Artikel 162 des Strafgesetzbuchs zu ergänzen, der nicht nur denjenigen bestraft, der ein Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnis verrät (das er bewahren sollte), sondern auch denjenigen, der den Verrat für sich oder einen anderen ausnützt.

In Wirklichkeit war der Diebstahl von Bankdaten strafbar, nicht aber deren Hehlerei. Warum sollten Finanzdaten weniger gut geschützt sein als ein Geschäftsgeheimnis? «Dem Grundrecht der Pressefreiheit wird wie im übrigen Strafrecht durch die Sondervorschriften im allgemeinen Teil des StGB zur Strafbarkeit der Medien Rechnung getragen.»²

Artikel über gestohlene Bankdaten können genauso gut ohne die Nennung von Kundennamen verfasst werden. Diese dienen nur dazu, die Neugier der Leser zu wecken und die Zeitungsauflagen zu steigern, ohne Rücksicht auf die Privatsphäre der Kunden, für die weiterhin die Unschuldsumutung gilt. Wichtig ist, dass die Behörden Zugang zu diesen Daten haben. Die Verfahrensregeln bestimmen dann, ob diese Daten direkt verwendet werden dürfen, oder ob sie auf legale Weise beschafft werden müssen. Dies ist übrigens Gegenstand des Postulats [23.4322](#), das die WAK-S im Oktober 2023 angenommen hat.

¹ [Erläuternder Bericht](#) vom 12. Januar 2022, S. 31.

² [BB 2014](#), S. 6234.